



Dr. Thomas Ulmer

MITGLIED DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS



EVP-ED

Bundesarbeitsgemeinschaft
Werkstätten für behinderte Menschen e.V.
Herrn Ralf Hagemeier
Sonnenmannstraße 5
60314 Frankfurt am Main
Deutschland

BAG
WfbM
Abl
Uml
18. Mai 2009
Eingang an TU./RH
SH/SH

Brüssel, den 08. Mai 2009

Sehr geehrter Herr Hagemeier,

herzlichen Dank für Ihr Schreiben vom 30. April 2009 sowie die Zusendung der Wahlprüfsteine, die ich Ihnen hiermit auch im Namen meiner Kolleginnen und Kollegen der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament gerne beantworte.

Im Rahmen der europäischen Gesetzgebung setzt sich die CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament vorbehaltlos für die Rechte von Menschen mit Behinderung ein. Dabei müssen wir aber das Subsidiaritätsprinzip beachten, denn nicht jedes Problem ist auch eines für Europa! Das Engagement für Menschen mit Behinderung steht im Mittelpunkt aller Bemühungen um Chancengerechtigkeit und Nichtdiskriminierung. Wir waren beispielsweise Mitinitiator der Aktion "1 million 4 disability", einer Unterschriftensammlung für die europäische Gesetzgebung im Sinne der UN-Konvention.

Die Europäische Union bietet ihren Bürgern alle Möglichkeiten, ihre Zukunftschancen zu verwirklichen und ihr Leben in Frieden und Freiheit zu führen. Das gilt auch für behinderte Menschen. Sie sollen dieselben Chancen erhalten wie Menschen, die keine Behinderung haben. In den letzten 50 Jahren hat sich Europa zu einem Kontinent der Toleranz entwickelt. Es ist ein Europa der Vielfalt geworden,

das auf der Grundlage gemeinsamer Werte, auf Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität beruht. Ich trete persönlich dafür ein, dass diese Werte unser gesellschaftliches Leben und auch unser politisches Handeln bestimmen. Besonders auf die Schwachen in unserer Gesellschaft müssen wir Rücksicht nehmen, ihre Rechte stärken und sie aktiv in den demokratischen Prozess und in das tägliche Miteinander miteinbeziehen.

1. Barrierefreiheit beginnt im Kopf. Die UN-Konvention fordert für Menschen mit Behinderungen ein verbessertes "Zugehörigkeitsgefühl" zum gesellschaftlichen Leben. Wie wird Ihre Partei helfen, dies zu erreichen?

Die Europäische Union ist Vorreiter für die Rechte von Menschen mit Behinderung und hat bereits viele Forderungen der UN-Konvention umgesetzt. Die Rechte von Menschen mit Behinderungen wurden ausdrücklich in die Charta der Grundrechte der EU mit aufgenommen. Behinderte Menschen sind in fast allen EU-Mitgliedstaaten voll rechtsfähig. Durch die UN-Konvention werden die Rechte von behinderten Menschen auch weltweit besser geschützt. Der größte Teil der Konvention wird dabei auf nationaler Ebene umgesetzt, fällt also in die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten.

Allerdings kann das Zugehörigkeitsgefühl zu einer Gesellschaft oder zu einer Gemeinschaft nicht von der Politik verordnet oder vorgeschrieben werden. Hier sind die Bürger gefragt, die in ihrem täglichen Handeln Toleranz und Offenheit zeigen müssen. Nur gemeinsam schaffen wir es, behinderten Menschen ein Gefühl der Zugehörigkeit zu geben. Denn in einer Demokratie kommt es auf jeden Einzelnen an. Jeder kann seinen Beitrag leisten. Ich betrachte es als meine Aufgabe als Politiker, die Bürger mehr für Menschen mit Behinderungen und deren besondere Lebenssituation zu sensibilisieren. Wir wollen den gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern und alle Bürgerinnen und Bürger in die Lage versetzen, ihr Leben selbstbestimmt in die Hand zu nehmen.

2. Wettbewerbsrecht wird zunehmend auch auf den Bereich der Rehabilitation angewandt. Ist Ihre Partei mit uns der Meinung, dass die Rehabilitation behinderter Menschen zu den Kernaufgaben unseres Sozialstaats gehört und nur einem Wettbewerb der Qualität unterliegen sollte?

Rehabilitation von behinderten Menschen gehört ganz klar zu den Kernaufgaben unseres Sozialstaats, aber auch andere kranke und schwache Menschen dürfen wir nicht aus den Augen verlieren. Nur der Wettbewerb der Finanzen und Ideen wird ein bereits adäquates Leistungsangebot im Bereich der Rehabilitation schaffen.

Neben dem Wettbewerb der Qualität für Rehabilitationsleistungen, setzt sich die CDU/CSU-Fraktion auch für grenzüberschreitende Gesundheitsdienstleistungen ein.

Wettbewerb beinhaltet außer Qualität aber immer auch Preisvergleiche. Daher muss sich der Bereich der Rehabilitation zumindest einem eingeschränkten Wettbewerb stellen, um nicht finanziell zu verwaizen. Die von Ludwig Erhard entwickelte Soziale Marktwirtschaft bezieht ihre Stärke daraus, dass Freiheit und Verantwortung, Wettbewerb und Solidarität eine Einheit bilden und einander fördern. Sie ist die untrennbare Verbindung von freiheitlicher Wirtschafts- und solidarischer Sozialordnung. Sie schafft Wachstum und Arbeitsplätze, sorgt für sozialen Ausgleich und muss daher als Leitprinzip europäischer Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik sein. Sie ist auch das Modell für Europa.

3. Welche Maßnahmen ergreift Ihre Partei, damit mehr Unternehmen der Erwerbswirtschaft Menschen mit Behinderungen einen Praktikumsplatz, einen Ausbildungsplatz, einen Arbeitsplatz anbieten können?

Die bereits geltende Gesetzgebung in diesem Bereich ist leider noch nicht in allen Ländern der Europäischen Union umgesetzt. Das muss sich schnellstmöglich ändern und daran arbeiten wir mit vereinten Kräften. Ich spreche mich klar für eine Bindung von Fördermitteln an die Berücksichtigung von Barrierefreiheit aus. Es gibt schon zahlreiche spezielle Förderprogramme der Europäischen Union, die gezielt Unternehmen finanziell unterstützen, welche Menschen mit Behinderungen einen

Europäisches Parlament
ASP 15 E 116; 60 rue Wiertz
B-1047 Brüssel
Tel: 0032-228 45314
Fax: 0032-228 49314

Tarunstraße 21
74821 Moshach
Tel.: 0049-6261 893990
Fax.: 0049-6261 893069
thomas.ulmer@europarl.europa.eu

Europäisches Parlament
LOW T 10017; Allée du Printemps
BP 10024/F; F-67070 Straßburg Cedex
Tel.: 0033-3881 75314
Fax: 0033-3881 79314

Praktikums-, Ausbildungs- oder Arbeitsplatz anbieten. In Deutschland nutzen viele Betriebe diese Mittel bereits und leisten somit einen wertvollen Beitrag zur Integration von Behinderten. Ich begrüße es sehr, wenn Unternehmen diese Initiative von sich aus ergreifen und Menschen mit Behinderung die Möglichkeit geben, sich in die Gesellschaft zu integrieren, indem sie einen gewöhnlichen Arbeitsalltag erleben, Abläufe erlernen und Verantwortung übernehmen. Das ist ein erster Schritt zu mehr Toleranz und Integration.

4. Ist Ihre Partei mit uns der Meinung, dass ein Rechtsanspruch auf eine Beschäftigung in einer Werkstatt für behinderte Menschen weiterhin ohne Einschränkung bestehen soll?

Ja, diesen Rechtsanspruch bewerte ich als wichtig und sinnvoll. Die Werkstätten für behinderte Menschen leisten einen wertvollen Beitrag für unsere Gesellschaft und geben diesen Personen eine unersetzliche Stütze und Rückhalt. Die Werkstätten sind ein bedeutendes Bindeglied zwischen behinderten Menschen und der Gesellschaft und ermöglichen ihnen, eine Beschäftigung auszuüben. Das gibt den Menschen eine Aufgabe und schafft ein Zugehörigkeitsgefühl.

Der Schutzbereich des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) erstreckt sich im Wesentlichen auf die drei Bereiche Arbeitsmarkt, Massengeschäfte und private Versicherungsverträge. In Paragraph 7 wird das zentrale Verbot der Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf geregelt. Eine unterschiedliche Behandlung ist demnach nur dann zulässig, wenn wesentliche und entscheidende berufliche Anforderungen dies erfordern. Die an den Beschäftigten gestellte Anforderung muss erforderlich sein und dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit zwischen beruflichem Zweck und Schutz vor Benachteiligung standhalten. Daran sollten wir weiter festhalten.

5. Angesichts des Diskriminierungsverbots ist für behinderte Menschen in Werkstätten eine zumindest dreijährige berufliche Bildung erforderlich. Wie setzt sich Ihre Partei dafür ein, dieses Ziel im Berufsbildungsbereich der Werkstätten für behinderte Menschen verbindlich werden zu lassen?

Diese Frage ist kein europäisches Problem und wird subsidiär, also auf der Ebene der Nationalstaaten geregelt. Die Europäische Union hat hierfür keine unmittelbare Zuständigkeit. Die Voraussetzungen sind jedoch bereits geschaffen.

6. Werden Sie uns dabei unterstützen, für mehr Menschen aus Werkstätten Möglichkeiten zu schaffen, sich zu qualifizieren und auf den allgemeinen Arbeitsmarkt vorzubereiten?

Die CDU unterstützt diese Forderung, allerdings ist eine entsprechende Qualifizierung immer die Voraussetzung für den Zugang zum allgemeinen Arbeitsmarkt.

7. Stehen Sie mit uns dafür ein, staatliche Nachteilsausgleiche für die Einstellung von Werkstattbeschäftigten einzuführen, z.B. finanzielle Zuschüsse an Arbeitgeber?

Staatliche Nachteilsausgleiche gibt es ja bereits und das wird auch von meiner Partei unterstützt. Nach dem Gesetz zur Förderung der Ausbildung und Beschäftigung schwerbehinderter Menschen soll Arbeitgebern, die behinderte Jugendliche ausbilden unter anderem Prämien und Zuschüsse gezahlt werden. Die betriebliche und überbetriebliche Ausbildung werden stärker als bisher verzahnt. Für eine Verbesserung der Rahmenbedingungen der Beschäftigung von schwerbehinderten Menschen sollen die Integrationsfachdienste und Integrationsämter stärker als bisher als Ansprechpartner und Leistungsträger

eingebunden werden.

8. Werden Sie Werkstätten dabei unterstützen, auch für schwerstbehinderte Arbeitnehmer Integrationsarbeitsplätze zu schaffen?

Nach dem Behindertengleichstellungsgesetz (BGG) liegt es in der Verantwortung des Bundes, für gleichwertige Lebensbedingungen für Menschen mit und ohne Behinderungen zu sorgen. Das muss in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens erfüllt werden. Wie erfolgreich wir beim Ausgleich individueller Nachteile sind, ist ein Prüfstein, an dem sich unsere Sozial-, Arbeitsmarkt- und Gesellschaftspolitik messen lassen muss. Das Ziel der CDU/CSU-Fraktion ist, die Teilhabe behinderter Bürgerinnen und Bürger in allen Bereichen des Lebens stetig zu verbessern. Daher sind meine Kollegen und ich ständig darum bemüht, mit den Menschen zu reden, ein offenes Ohr für ihre Probleme zu haben und gemeinsam nach Lösungen zu suchen. Das gilt für Menschen mit schweren Behinderungen genauso wie für Menschen ohne oder mit geringeren Behinderungen.

Gleiche Teilhabe bedeutet gleicher Zugang zu allen Bereichen des öffentlichen Lebens. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, darf es keine Rolle spielen, welche Behinderung jemand hat, wie schwer diese ist und welche Ursachen dahinter stecken. Behinderte Bürgerinnen und Bürger wollen und können ihre Kompetenzen weiter entwickeln und ihr Leben ihren individuellen Fähigkeiten entsprechend selbst organisieren.

Wir müssen weiter daran arbeiten, die Beschäftigungssituation behinderter Bürgerinnen und Bürger zu verbessern. Mit dem Reformvertrag von Lissabon eröffnen sich neue Wege, tätig zu werden.

Seien Sie versichert, dass meine Kolleginnen und Kollegen der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament und ich uns bei unserer Arbeit stets für die Rechte von behinderten Menschen und für die Schwachen und Benachteiligten unserer Gesellschaft einsetzen werden.

Mit freundlichen Grüßen,



Europäisches Parlament
ASP 15 E 116; 60 rue Wiertz
B-1047 Brüssel
Tel.: 0032-228 45314
Fax: 0032-228 49314

Tarunstraße 21
74821 Mosbach
Tel.: 0049-6261 893990
Fax.: 0049-6261 893069
thomas.ulmer@europarl.europa.eu

Europäisches Parlament
LOW T 10017; Allée du Printemps
BP 10024/F; F-67070 Straßburg Cedex
Tel.: 0033-3881 75314
Fax: 0033-3881 79314